

Sarah **185**
Schilliger und
Julia Maisenbacher

**Ohne Migration
keine Sorge(n)!?
Plädoyer für eine
solidarische Care-
Gesellschaft**

«Da können Sie im Spital lange klingeln» – so titelte der Tagesanzeiger kürzlich und bezog sich dabei auf ein Zitat von Bundesrat Beat Jans.¹ Dieser warnte gegenüber den Medien, eine Begrenzung der Zuwanderung, wie sie die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative anstrebt, führe zu langen Wartezeiten und drohe das Gesundheitssystem kollabieren zu lassen. Bereits jetzt sind Engpässe bei Pflege und Betreuung akut. Die Initiative der SVP verschleiert mit dem Schlagwort der Nachhaltigkeit das eigentliche Ziel ihrer Politik: Migration massiv einzuschränken. Womit sich die prekäre Personalsituation in Spitälern, in der Langzeitpflege und der Betreuung von pflegebedürftigen Menschen dramatisch verschärfen würde.

Doch das ist nur der sichtbarste Teil eines Problems, das weit über quantitative Versorgungsfragen hinausgeht. Ein genauer Blick zeigt: Die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative der SVP ist alles andere als ein Beitrag zu mehr sozialer oder ökologischer Nachhaltigkeit. Vielmehr geht es um eine Verschärfung der Ausbeutung migrantischer

1 C. Walser: «Da können Sie im Spital lange klingeln» – Jans warnt vor Fachkräftemangel, in: Tagesanzeiger vom 21. März 2025.

Arbeitskräfte, eine Vertiefung (globaler) sozialer Ungleichheiten und um das Abwälzen gesellschaftlicher Krisen (wie der Care-Krise) auf besonders vulnerable Gruppen. Umso mehr braucht es ein linkes und feministisches Gegen-narrativ, das Solidarität, gerechte Arbeitsverhältnisse und die Bedeutung der Care-Arbeit ins Zentrum stellt.

Die Bedeutung migrantischer Care-Arbeit in der Schweiz

Kaum irgendwo ist der Anteil der migrantischen Arbeitskräfte so hoch wie im Schweizer Gesundheits- und Pflegesektor. Laut OECD (2023) waren im Jahr 2021 gut 38 Prozent der in der Schweiz tätigen Ärzt:innen nicht hierzulande ausgebildet.² Seit 2010 – als es noch 23 Prozent waren – ist dieser Anteil um gut zwei Drittel angewachsen. Fast die Hälfte dieser Fachkräfte stammt aus Deutschland, weitere wichtige Herkunftsländer sind Italien und Frankreich. Im europäischen Vergleich ist die Schweiz nach Norwegen und Irland (beide 42 Prozent) Spitzenreiterin. Zum Vergleich: In Frankreich sind nur 12 Prozent der Ärzt:innen im Ausland ausgebildet, in Deutschland sind es knapp 14 Prozent (Abbildung 1). In Italien ist es sogar nur 1 Prozent.

Auch beim Pflegepersonal ist der Anteil der Arbeitskräfte, die nicht in der Schweiz geboren sind, sehr hoch – und ist insbesondere mit der Einführung der Personenfreizügigkeit rasant gestiegen (Abbildung 2): Jede vierte Pflegefachperson hat ihre Ausbildung nicht in der Schweiz absolviert. In Europa ist dieser Anteil nur in Irland noch höher. Ein überwiegender Teil des zugewanderten Pflegepersonals ist weiblich und stammt auch hier aus den Nachbarländern Frankreich, Deutschland und Italien.

2 OECD: Health at a Glance (2023). OECD Indicators, Paris 2023.

Abbildung 1: Entwicklung des Anteils an im Ausland ausgebildeter Ärzt:innen in der Periode 2010–2021.

Quelle: OECD Health Statistics 2023

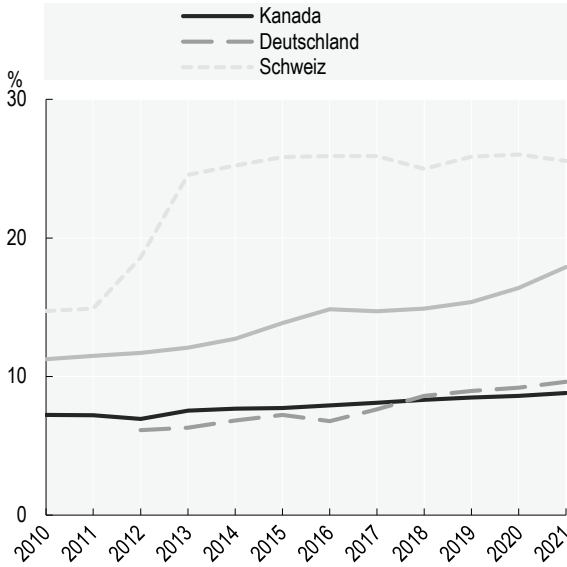
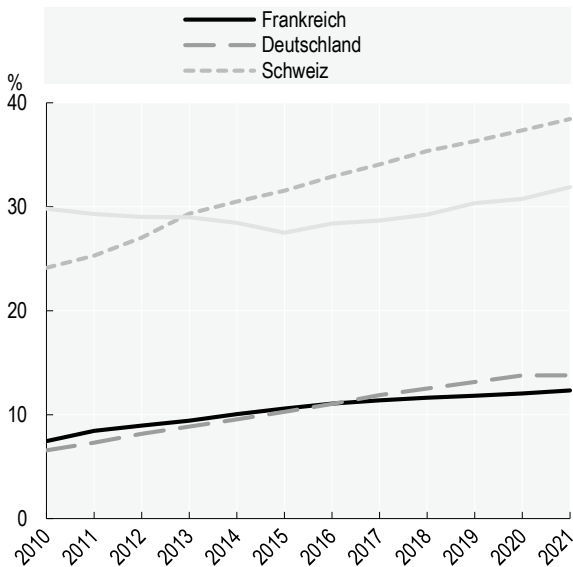


Abbildung 2: Entwicklung des Anteils an im Ausland ausgebildeten Pflegepersonals in der Periode 2010–2021.

Quelle: OECD Health Statistics 2023



Mit dem Erreichen des Pensionsalters der Babyboomer-Generation verschärft sich der Bedarf weiter: Bereits heute ist über ein Viertel der in der Schweiz tätigen Ärzt:innen über 60 Jahre alt.³ Aus ebendiesem Grund wächst auch der Anteil von älteren pflegebedürftigen Menschen. Und gleichzeitig wird das Potenzial der unbezahlten Pflegeleistungen durch weibliche Angehörige aufgrund der steigenden Erwerbstätigkeit der Frauen kleiner.

Es wird offensichtlich, was feministische Bewegungen bereits seit Jahrzehnten thematisieren: Die Grundlage unseres alltäglichen Überlebens ruht vor allem auf den Schultern von Frauen – und ganz besonders auf denen migrantischer Frauen.⁴ Ihre Arbeit bleibt häufig unsichtbar, die Arbeitszeiten sind entgrenzt und ihre Leistungen werden teilweise krass unterbezahlt – beispielhaft ist die Situation von Live-in-Betreuer:innen in Privathaushalten, die häufig rund um die Uhr abrufbar sind und dafür kaum je 4.000 Franken pro Monat verdienen.

Sorge-Extraktivismus und globale Ungleichheiten

Doch statt die grossen Herausforderungen zu adressieren, die sich aus dieser Care-Krise ergeben, wird Care-Arbeit systematisch als Ressource betrachtet, die flexibel genutzt werden kann. Die Schweiz als reiches Land bearbeitet schon seit vielen Jahren ihren Pfl egenotstand mittels der Rekrutierung von Care-Arbeiter:innen aus dem Ausland. Die deutsche Soziologin Christa Wichterich hat hierfür den prägnanten Begriff des «Sorge-Extraktivismus» geprägt: Damit bezeichnet sie ausbeuterische Strategien, um Krisen der sozialen Reproduktion kostengünstig

³ Ebd.

⁴ S. Federici: *Aufstand aus der Küche: Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution*, Münster 2012.

zu überbrücken.⁵ Statt offensiv in die Ausbildung von Gesundheitspersonal zu investieren und Pflegeberufe durch bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne aufzuwerten, werden Fachkräfte importiert und damit Versorgungslücken transnational verlagert. Die Kosten der sozialen Reproduktion werden dabei «nach unten» delegiert – in ärmere Herkunftsländer, in migrantische Communities, auf schlecht bezahlte und häufig rechtlich kaum abgesicherte Care-Arbeiter:innen.⁶

Dieser extraktivistische Zugriff auf Care-Arbeit steht im Einklang mit einer «imperialen Lebensweise», wie Ulrich Brand und Markus Wissen die Produktions- und Konsumformen der globalen Mittel- und Oberschichten zulasten anderer, natürlicher und menschlicher, Ressourcen im Globalen Süden und in ärmeren Weltregionen nennen.⁷ Die prekäre Situation von Migrant:innen wird gesellschaftlich zum «Normalfall» und von politischer Seite kaum als Problem – oder als Hinweis auf ein grundlegendes Systemversagen – wahrgenommen.

Die Versprechen und Gefahren der SVP-nitiative

Die SVP verspricht mit ihrer sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative, «fehlgeleitete Zuwanderung» zu bremsen und «das Boot wieder zu steuern». Die tatsächlich dahinterstehende Intention ist jedoch ein andere. Die Initiative möchte das ohnehin bereits hoch selektive Schweizer Migrationsregime weiter verschärfen und noch stärker nach ökonomischen Verwertbarkeitskriterien ausrichten.

5 C. Wichterich: Der prekäre Care-Kapitalismus – Sorgearbeit zwischen Krise und Ressource, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2018.

6 S. Schilliger/K. Schwiter/J. Steiner: Reiche Länder exportieren ihre Care-Krise, in: CARITAS Sozialalmanach 2022, Luzern 2021, S. 67–77.

7 U. Brand/M. Wissen: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München 2017.

Die Auswahl der Migrant:innen – etwa nach Ausbildungsstand, Herkunft oder Nutzen für den Arbeitsmarkt – wird damit weiter hierarchisiert. Dies zementiert ein Migrationsmanagement, das Migrant:innen als blossе Arbeitskräfte begreift, die nach ökonomischem Nutzen eingeteilt und je nach Bedarf «gerufen» oder wieder «zurückgeschickt» werden können – vergleichbar mit dem Saisonierstatut, mit dem man in der Schweiz bis 2002 eine flexible Arbeitskräfterekrutierung garantieren und gleichzeitig die angebliche «Überfremdung» bekämpfen wollte.⁸

Bewirkt wird dadurch in erster Linie eine Prekariisierung migrantischer Arbeitsverhältnisse. Denn mit einer Einschränkung legaler Zuwanderungswege – etwa durch die Kündigung der Personenfreizügigkeit und flankierender Schutzmassnahmen – wächst nicht nur der Druck auf die bestehenden Fachkräfte, sondern auch die Gefahr einer weiteren Verlagerung von Care-Arbeit in den informellen, rechtsfreien oder zumindest kaum kontrollierten Raum des «Privaten»: Schon heute arbeiten Zehntausende Sans-Papiers (insbesondere aus Lateinamerika) und osteuropäische Pendelmigrant:innen in Schweizer Privathaushalten von pflegebedürftigen Menschen – unsichtbar, schlecht bezahlt und häufig sozial isoliert.⁹ Und noch immer ist der Arbeitsplatz Privathaushalt nicht dem Arbeitsgesetz unterstellt.

Wem nützt diese Migrationspolitik?

Die Initiative wird den Bedarf an migrantischen Care-Arbeiter:innen im Schweizer Gesundheits- und Pflegesystem keineswegs verringern, sondern vielmehr die Hierarchien

8 F. Falk (Hrsg.): Der Schwarzenbacheffekt. Wenn Abstimmungen Menschen traumatisieren und politisieren, Zürich 2022.

9 Schilliger et al.: Reiche Länder exportieren ihre Care-Krise; A. Knoll/S. Schilliger/B. Schwager: Wisch und weg! Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen zwischen Prekarität und Selbstbestimmung, Zürich 2012.

verschärfen und Migrant:innen in prekäre, unsichtbare und rechtlich unsichere Arbeitsverhältnisse drängen. Dies führt zu Kriminalisierung, Lohn- und Sozialdumping sowie fehlendem Arbeitsschutz – und erhöht die Ausbeutbarkeit insbesondere von weiblichen Arbeitskräften, wie zahlreiche Studien belegen.¹⁰

Einmal mehr zeigt sich, wie nationalstaatliche Grenzen besonders gut geeignet sind, um Angstszenarien zu mobilisieren und Migration als Gefahr von aussen zu inszenieren. Narrative über «Überfremdung» oder eine angeblich ausser Kontrolle geratene Zuwanderung erfüllen dabei die Funktion, eine «Moral Panic»¹¹ zu erzeugen: Aus konstruierter moralischer Empörung erwächst politische Legitimation für Kontrolle und neue Ausschlüsse. Statt grundlegende sozialstaatliche, arbeitsmarktliche und care-politische Problematiken anzugehen – prekäre Arbeitsbedingungen, Unterfinanzierung der Pflege und der gesamten Care-Infrastruktur, fehlende Anerkennung unbezahlter Care-Arbeit, Mangel an bezahlbarem Wohnraum – und statt echte Integrationsprogramme zu installieren, die es Migrant:innen erlauben, auf dem Schweizer Arbeitsmarkt Fuss zu fassen und ihrer Qualifikation, ihrer Neigung und ihren Fähigkeiten entsprechend aktiv zu sein – werden migrantische Sündenböcke konstruiert und soziale Probleme als «importiert» dargestellt.

Die Massnahmen der SVP-Initiative greifen damit nicht die wahren Ursachen von Missständen bei der Daseinsvorsorge (wie Gesundheit, Pflege, Wohnen, Verkehr,

10 B. Aulenbacher/H. Lutz/K. Schwiter (Hrsg.): Gute Sorge ohne gute Arbeit? Live-in Care in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Weinheim: 2021; H. Lutz: Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im europäischen Vergleich, Wiesbaden 2018; S. Schilliger/N. Riss: Im Verborgenen: Ausbeutung in Privathaushalten, in: SozialAktuell – die deutschsprachige Fachzeitschrift für Soziale Arbeit in der Schweiz, August 2024, S. 18–19; Knoll et al.: Wisch und weg!

11 S. Hall/C. Critcher/T. Jefferson/J. Clarke/B. Roberts: Policing the Crisis: Mugging, the State and Law and Order, London 1978.

Bildung) an. Vielmehr sind die durch die SVP benutzten Schlagworte wie Dichtestress, Wohnungsknappheit oder Ressourcenverschleiss ein Ablenkungsmanöver. Es ist nicht die Zuwanderung, sondern vielmehr die durch die SVP (mit-)betriebene jahrzehntelange Sparpolitik und die Unternehmer- und (Haus-)Eigentümer-freundliche Deregulierungsoffensive, die soziale Missstände massgeblich verursacht. Profiteure sind vor allem vermögende Kreise, die oft in der SVP selbst vertreten sind (wenngleich ein bedeutender Teil der SVP-Basis die negativen Konsequenzen dieser Politik zu spüren bekäme).

Das Dilemma der politischen Defensive

Doch auch die Gegner:innen der SVP-Initiative – von bürgerlicher wie teilweise auch linker Seite – bilden nicht einen echten Kontrapunkt zu den rechten, rassistischen Narrativen. Denn wenn die Legitimation der Zuwanderung fast ausschliesslich mit deren Nützlichkeit für die Schweiz begründet wird – «seht her, wie wichtig diese Migrant:innen doch für uns sind!» –, wird ein utilitaristischer Diskurs reproduziert, der migrantische Menschen auf ihre ökonomische Funktion reduziert. Damit normalisiert sich eine Dichotomie zwischen «guten» und «schlechten» Migrant:innen. Letztlich verfestigt es rassistische und koloniale Logiken, statt sie zu durchbrechen.¹²

Entsprechend lavieren die Parteien jenseits der SVP in ihren Kommentaren zur sogenannten Nachhaltigkeitsinitiative – und greifen zu allen möglichen Ideen und Vorschlägen, die der Bevölkerung das Gefühl geben sollen, man Sorge sich um ihre Ängste und sei gewillt, ihrem «Bedürfnis» nach Zuwanderungsbeschränkung nachzukommen. So spricht sich der Bundesrat zwar dafür aus, gut

12 C. Achermann/A. Heindlmaier/S. Mantu/L. Pfirter: Welfare governance, in: *Critical Social Policy* 4/2024, S. 605–620.

ausgebildete Personen, die dank Familiennachzug in die Schweiz gekommen sind, besser in den Arbeitsmarkt einzubinden, ältere Arbeitslose bei der Stellensuche zu unterstützen oder mittels der Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau die Wohnungsnot zu mildern. Begleitet wird dies aber vom «Versprechen», Asylverfahren vermehrt an die Schengen-Aussengrenzen zu verlagern und die Bedingungen für Geflüchtete, die mehrmals ein Asylgesuch stellen, zu verschärfen.¹³

Diese Vorschläge umfassen weder Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge noch konsequente Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Care-Sektor. Stattdessen droht mit einer solchen Politik ein Kompromiss zwischen neoliberalen Arbeitsmarktmanagement und national-konservativer Abschottungslogik, der die Rechte von Migrant:innen hierarchisiert. Im sogenannten «Festungskapitalismus» verliert dabei Nationalität tendenziell an Relevanz; immer wichtiger wird dagegen die Klassenzugehörigkeit.¹⁴

Feministische und postmigrantische Alternativen

Die aktuelle Auseinandersetzung um die SVP-Initiative zeigt, wie dringend es einer inklusiv-solidarischen Gegenposition bedarf. Erforderlich ist eine offensive feministische und gewerkschaftliche Politik, die die Aufwertung der Sorgeberufe, eine gerechte Anerkennung von Care-Arbeit und die Gleichstellung aller Beschäftigten – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Aufenthaltsstatus – ins Zentrum stellt. Das Prinzip muss lauten: Lohnschutz statt Grenzschutz. Statt Care-Arbeit als billiges Importgut zu

13 C. Walser: So will der Bundesrat die 10-Millionen Initiative bekämpfen, in: Tagesanzeiger vom 29. Januar 2025.

14 F. Georgi: Grenzen und Bewegungsfreiheit. Eine kritische Einführung, Berlin 2025.

betrachten, braucht es verbindliche Arbeitsrechte, höhere Löhne, gute Arbeitsbedingungen. Dem autoritär-liberalen Diskurs ist ein Narrativ der inklusiven Solidarität entgegenzusetzen, das konkrete Alltagsrealitäten und die Bedürfnisse aller Arbeitnehmer:innen – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – einschliesst und eine kollektive Mobilisierung für bessere Bedingungen fördert.

Eine solidarische Care-Politik ist dabei der Kern echter Nachhaltigkeit. Ein zukunftsfähiges Gesundheits- und Gesellschaftsmodell muss in einer alternden, pluralen Gesellschaft auf einer Form der Solidarität fussen, die materielle Gleichberechtigung, Aufwertung von (un- und unterbezahlter) Care-Arbeit und das Recht auf Migration miteinander verknüpft. Dazu ist ein Perspektivenwechsel in der Migrationspolitik dringend nötig. Denn eine nachhaltige Migrationspolitik ist eine postmigrantische Politik. Sie anerkennt, dass es keine Welt ohne Migration geben kann. Sie verschiebt die Diskussion vom Grundsatz «Pro oder Kontra Migration» hin zur Frage, wie sozial gerechte Teilhabe und gleiche Rechte für alle möglich werden.¹⁵ Eine solche Politik macht Menschen mit Migrationsgeschichte sichtbar und bezieht sie ein. Ihre Erfahrungen und Anliegen müssen im Zentrum einer neu zu entwickelnden Solidarität stehen – einer Gesellschaft, die nicht entlang von Verwertbarkeit und Herkunft segmentiert, sondern auf gleiche soziale Rechte, demokratische Mitbestimmung und mehr Zeitsouveränität für alle setzt. Diesen Weg hin zu ausreichend Zeit für Fürsorge, zu guten Arbeitsbedingungen und Löhnen in den Care-Sektoren sowie zu demokratischer Teilhabe und einer solidarischen und inklusiven Migrationspolitik können wir nur gemeinsam gehen.

15 N. Foroutan: Die postmigrantische Gesellschaft, Bielefeld 2019.